

Verbände: Bund soll Weiterbildung fördern!

Führenden Verbände der Weiterbildung, darunter der Deutsche Volkshochschulverband (DVV) und die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) haben in einer gemeinsamen Pressemitteilung die Aufhebung des Kooperationsverbotes in allen Bildungsbereichen gefordert. Dieses Verbot verhindert, dass der Bund Initiativen oder Projekten Finanzhilfen gewähren kann, für die nicht er, sondern die Länder die gesetzgeberische Zuständigkeit besitzen. Ein aktueller Regierungsentwurf für eine Grundgesetzänderung sieht eine Lockerung des Kooperationsverbots derzeit nur für den Hochschulbereich vor. Eine Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern über den gesamten Bildungsverlauf sei eine entscheidende Voraussetzung für mehr Teilhabe und Bildungsgerechtigkeit, heißt es in der Erklärung. Die Verbände verweisen insbesondere auf die hohe Zahl der funktionalen Analphabeten. »Diese bedrückende Bildungsrealität lässt sich nur dann entscheidend verbessern, wenn aus dem Nebeneinander der Bildungspolitik ein entschiedenes und überzeugtes Miteinander wird. Die Länder haben die Kompetenz für Bildung, aber vielfach nicht die notwendigen Mittel. Der Bund hat die Mittel, aber praktisch keine Kompetenzen.« Gerade im Weiterbildungsbereich habe sich nicht nur einmal gezeigt, dass der Bund gebraucht wird – etwa um Maßnahmen gegen Analphabetismus und mangelnde Grundbildung zu initiieren und zu finanzieren.

Nachhaltige Bekämpfung oder Projektheftik?

Diskussion um Analphabetismus-Strategie entbrannt

Mit einem Artikel am 28. Februar 2011 in der Wochenzeitung »Die Zeit« kam die Diskussion richtig ins Rollen. »7,5 Millionen Deutsche sind Analphabeten« titelte das sonst nicht für Reißerisches zuständige Blatt, und so geadelt schockte der Bericht die ganze Kulturnation. Auslöser war die Studie »leo. – Level-One«, die 2010 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) für 1,3 Millionen Euro in Auftrag gegeben wurde und als erste Studie in Deutschland die Größenordnung des Analphabetismus unter der erwerbsfähigen Bevölkerung zwischen 18 und 64 Jahren untersuchte. Rückblickend zeigt sich die verantwortliche Wissenschaftlerin Prof. Dr. Anke Grotlüschen (Universität Hamburg) selbst überrascht von der großen Resonanz ihrer Arbeit (siehe Interview). Die aufgedeckten Fakten, dass 14 Prozent der Erwerbsfähigen funktionale Analphabeten seien und zwei Millionen Menschen sogar keine Sätze lesen können, setzte eine Reihe von Aktionen auf verschiedenen Ebenen in Gang.

33 SPD-Punkte

Dazu gehört als aktuell jüngster Schritt ein 33-Punkte-Katalog, den die SPD-Fraktion am 10. Mai 2012 in einem Antrag »Alphabetisierung und Grundbildung in Deutschland fördern – Für eine nationale Alphabetisierungsdekade« in den Bundestag eingebracht hat. Darin fordert die SPD die Bundesregierung auf, bei der Alphabetisierung und Grundbildung eine Führungsrolle einzunehmen und eine zehnjährige Kampagne zur Alphabetisierung im Rahmen einer gemeinsamen nationalen Strategie zu starten. Die Bundesregierung soll 2012 mindestens 25 Millionen Euro und ab 2013 mindestens 50 Millionen Euro im Jahr als Beitrag

des Bundes für konkrete Maßnahmen einer Alphabetisierungskampagne bereitstellen. Diese Mittel sollten nachhaltig angelegt sein, d.h. durch den Aufbau eines stabilen Netzwerks der Akteure, eine Erhöhung der Zahl der Kursplätze auf mindestens 100.000 jährlich, die Schaffung dauerhafter Strukturen der Grundbildungsarbeit und Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Derzeit nehmen 45.000 Menschen laut dem Papier hauptsächlich in Volkshochschulen an Alphabetisierungs- und Grundbildungskursen teil. Dadurch soll die Zahl der Analphabeten halbiert werden können. In dem Papier finden sich konkrete weitere Vorschläge, wie z.B. die Förderung von Lesepartnerschaften, Standards für die Aus- und Fortbildung der Kursleiter/-innen und deren angemessene Bezahlung und eine effiziente Statistik zu diesem Thema. Der Antrag wurde in den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

Ländersache?

Die CDU-Fraktion sieht demgegenüber laut ihrem bildungspolitischen Sprecher Albert Ruppert die Länder in der Pflicht: »Wieder einmal passiert auffällig wenig seitens der Länder, obwohl bei diesen die Verantwortung liegt«, sagte Ruppert schon im Februar anlässlich einer Anhörung im Bundestag. Er verwies auf die Initiative »Lesestart – Drei Meilensteine für das Lesen« des Bildungsministeriums und der Stiftung Lesen. Hier geht es allerdings nicht um Weiterbildung für Analphabeten, sondern um ein Vorleseprojekt.

Bei der nationalen Strategie dürfe es nicht allein um das Lesen- und Schreibenlernen gehen, betonte Ulrich Aengenvoort vom Deutschen Volks-

hochschul-Verband auf der Februar-Anhörung. Ziel müsse sein, die volle berufliche, gesellschaftliche und ökonomische Teilhabe der Betroffenen zu gewährleisten. Ein flächendeckendes, wohnortnahes Grundbildungsangebot sei notwendig, das alle Lebensbereiche umfasse und von allen gesellschaftlichen Kräften getragen werde. Dazu seien unter anderem neue Kursleitende, ein gemeinsames Curriculum und Schwerpunkteinrichtungen nötig. Peter Hubertus, Geschäftsführer des Bundesverbands Alphabetisierung und Grundbildung, nahm auf dem Fachgespräch im Bundestag die Länder in die Pflicht. Sie müssten bundesweit rund 100.000 Kursplätze zur Verfügung stellen. Wichtig sei zudem die Einrichtung von Clearingstellen, die die Aktivitäten von Bund und Ländern zusammenführen. Zudem forderte er eine »verlässliche Grundbildungsinfrastruktur«. Bislang seien die Fördermaßnahmen vom Bund vor allem projektbezogen.

Nationale Strategie

Am 23. Dezember 2011 hat der Bund einen Aufruf für Projekte zur »Arbeitsplatzorientierten Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener« gestartet. Die Ausschreibung dazu ist bereits abgeschlossen und die Projekte ausgewählt. Die Vereinbarung über eine gemeinsame nationale Strategie für Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener in Deutschland, an deren Entwicklung auch die Kirchen und die KBE beteiligt waren, ist noch nicht von allen unterzeichnet. Außerdem soll das Instrument der Bildungsprämie für die Grundbildung geöffnet und mit zusätzlichen Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds ausgestattet werden. In allen Ländern sollen Koordinationsstellen bzw. Ansprechpartner/-innen für das Thema Alphabetisierung/Grundbildung festgelegt und innerhalb des Europäischen Sozialfonds eigene Förderbereiche dazu eingerichtet werden.

Wie es auf regionaler Ebene geht, zeigt das Bündnis für Alphabetisierung und Grundbildung in Trier. Es wurde im

September 2011 von 70 Mitgliedern aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung als das größte Alphabetbündnis in Deutschland ins Leben gerufen. Auf der Gründungsveranstaltung sprach u.a. auch Prof. Dr. Anke Grotlüschen. Ziele sind die Weiterentwicklung von Beratungs- und Lernangeboten, der Erfahrungsaustausch sowie die Sensibilisierung von Öffentlichkeit und Arbeitgebern.

Genetisch bedingt

Auch die Wissenschaft war indes nicht untätig. Eine Studie von Michael Grose zeigt, dass Analphabeten eine schlecht ausgeprägte phonologische »Bewusstheit« und ein schlechtes

verbales Arbeitsgedächtnis aufweisen – ähnliche Defizite wie sie bei Kindern mit Lese-Rechtschreib-Schwäche vorzufinden sind (siehe Rezension in diesem Heft). Die Dezember-Ausgabe von »Bild der Wissenschaft« veröffentlichte einen Beitrag, der die Ergebnisse einer Studie dokumentiert, in der die biologischen Ursachen des Analphabetismus untersucht wurden. Magdeburger Neuropsychologen haben ermittelt, dass eine fehlerhafte genetische Ausstattung, Hörreize schnell genug zu verarbeiten, zu dem Defizit führe. Ein solcher Gendefekt wurde bei Legasthenikern nachgewiesen und nun auch durch diese Studie bei funktionalen Analphabeten.

Michael Sommer

Erreichbarkeit und Professionalität

Interview mit Prof. Dr. Anke Grotlüschen, Mitautorin der leo-Studie

Die leo-Studie hat ein erhebliches Echo in Medien und Politik verursacht. War diese öffentliche Wirkung Teil des Konzepts?

Die Studie sollte nicht so wie die Vorgängerstudie Mitte der Neunziger einfach ungehört verhallen. Der damalige International Adult Literacy Survey hat in Frankreich und England hektische Reaktionen hervorgerufen, während Deutschland sich mit Literalität nicht weiter beschäftigt hat – der PISA-Schock war ja auch noch nicht eingetreten. Insofern war es durchaus unsere Absicht, die Verbreitung der Ergebnisse sicherzustellen.

Wir haben daher vorgeschlagen, zunächst extrem schnell erste Zahlen zu berechnen und der Politik bereitzustellen und danach über ein Jahr lang für die Vorträge, Politikberatung, Zeitschriften- und Buchpublikation zur Verfügung zu stehen. Das hat das Ministerium auch überzeugt.

Nicht intendiert war allerdings, die-



Prof. Dr. Anke Grotlüschen

se Verbreitung über Massenmedien herzustellen. Dass Medien wie die Süddeutsche, die ZEIT und das Hamburger Abendblatt uns schon Monate vor der Ergebnisveröffentlichung die Telefone heiß laufen ließen, hat uns selbst sehr erstaunt.

Wie sind Sie auf dieses Thema gekommen und was hat Sie bewogen, diese Studie zu starten?

Das Thema hat uns vor gut zehn Jahren über europäische Partner erreicht, die ein gemeinsames Projekt starten wollten. Mit Andrea Linde und Ellen Abraham – beide seit Jahrzehnten auf Alphabetisierung spezialisiert – haben wir dieses Projekt dann begonnen. In Deutschland folgte die Alfabund-Ausschreibung, mit der das Bildungsministerium die Literalitätsforschung in Deutschland stärkt. Für die Universität Bremen haben wir in einem großen Konsortium die »Literalitätsentwicklung von Arbeitskräften« beantragt, kurz lea., und eine Förderdiagnostik erstellt. Darin konnten wir die Alpha-Levels entwickeln und empirisch mit 180 Personen erproben. Unser Motiv war also zunächst auf Förderung und auf die Arbeitswelt gerichtet.

Analphabetismus ist kein Randphänomen

Erst durch die drängende Frage des Ministeriums wurden wir in Planungen zu einer Bevölkerungsdiagnostik einbezogen. Zur Debatte stand, ob man die lea.-Testaufgaben für eine bundesweite Studie an den Adult Education Survey anhängen könnte. Was hat uns bewogen, das zu wagen? Sicher war der Erfolg keineswegs. Die Stimmung war allerdings hoch motiviert, das Tempo der Zusammenarbeit mit Ministerium, TNS Infratest und Humboldt-Universität extrem hoch und leistungsbereit. Wir wollten etwas schaffen, das die Betroffenen sichtbar macht und sie aus dem Defizitblick herausholt, denn Analphabetismus ist kein Randphänomen.

Uns war außerdem klar, dass der Alfabund, der nun endlich weiterführende Forschung erlaubt hat, keine Fortsetzung erleben könnte, wenn nicht zeitgleich mit einem solchen Programm auch die Strukturdaten geklärt würden. Es gibt noch immer genügend Stimmen, die behaupten, man bräuchte keine Forschung mehr in dem Bereich – obwohl Fragen zur Erreichbarkeit von Adressaten sowie zum erwachsenengerechten Lehren und Lernen noch immer erfolgreiche

Lösungen vermissen lassen. Die neue Ausschreibung ist mir persönlich in der Hinsicht auch zu forschungsfern.

Nach der Lektüre der Ergebnisse fragen sich die meisten: Wie kommt es, dass so viele Menschen die Schule verlassen, ohne richtig lesen und schreiben zu können? Sind die Ergebnisse nicht ein Armutszeugnis für unser Schulwesen?

Schulfixierung der Bildungspolitik

Ich halte wenig davon, die Schulpolitik verantwortlich zu machen. Die Schulfixierung der Bildungspolitik macht es uns ohnehin allortorten schwer, den Blick auf die Erwachsenen zu richten – zuzüglich der Älteren, die in der leo.-Studie nicht enthalten waren. Die retrospektiven Fragen zum Schulerleben, die in der leo.-Studie mitliefen, zeigen deutlich, dass die Annahme, Analphabetismus entstünde durch häufiges Fehlen, Schwänzen, Angst vor Lehrkräften etc., sich so nicht halten lässt. Allerdings finden sich diese Zuschreibungen bei Kursteilnehmenden wesentlich häufiger als in der Repräsentativerhebung. Warum? Vielleicht weil man seinen im Kurs ja eingestandenen Analphabetismus erklären muss und dazu die Kritik an der Schulzeit zweckdienlich ist. Alternativ kann es daran liegen, dass man erst in der Weiterbildung merkt, wie intelligent Lehren und Lernen aufgebaut sein kann – und daraus auch den Mut ableitet, Kritik an der Schulzeit zu äußern.

Was muss nun Ihrer Meinung nach in Deutschland getan werden, um den Analphabetismus zu bekämpfen – und welche Rolle kann die Erwachsenenbildung dabei spielen?

Erreichbarkeit und Professionalität sind m.E. die zentralen Themen. Forschung brauchen wir unbedingt zur Frage, wie potenzielle Betroffene erreicht werden können und welche Rolle professionelle und private Netzwerke und das »mitwissende Umfeld« oder auch individuelle Lebenskrisen

spielen. Hier können von Betrieben über Arbeitnehmervertretungen, Bildungs- und Beschäftigungsträger, Wohlfahrtsverbände und Arbeitsagenturen wirksame Bündnisse entstehen. Allerdings sollte im Netzwerk auch die Arbeitsteilung geklärt sein: Ein Bildungsträger ist vermutlich ein sehr unprofessioneller Sozialberater, und ein Verbraucherschützer ist vielleicht kein guter Erwachsenenbildner. Beschäftigungsträger sind keine empirischen Forscher, und die Forschung darf nur unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit als Interessenvertreter auftreten.

Immense Herausforderung

Es geht also darum, die Professionalität der einzelnen Akteure im Netzwerk auch zu nutzen, anstatt unprofessionell die Arbeit der anderen übernehmen zu wollen und die Kooperationsfähigkeit im Konkurrenzkampf zu verlieren. Das betrifft die hauptberufliche Erwachsenenbildung. Die Professionalität bei über 800 Kursleitungen, von denen 90 Prozent im Nebenberuf lehren und die Mehrzahl nur einen einzigen Kurs pro Woche anbietet, ist jedoch auch intern eine immense Herausforderung für die Erwachsenenbildung.

Was planen Sie als nächstes Projekt zu diesem Thema?

Wir konzipieren derzeit mit der lea.-Verlinkungsstudie den Anschluss zwischen verschiedenen Skalen, also der Literalitätsskala der leo.-Studie mit dem »Europäischen Referenzrahmen Sprachen (GER)«, mit seinem Deutstest für Zuwanderer sowie dem Online-System ich-will-lernen.de, dem ja auch eine Stufenlogik zugrunde liegt. Das Ganze ist Teil eines Versuchs des Deutschen Volkshochschul-Verbands, ein optionales Rahmencurriculum zur Diskussion zu stellen. Wenn wir wieder mehr Zeit haben, möchten wir den Anschluss zur Skala des Nationalen Bildungspanels herstellen.

Michael Sommer

Wie kompetent sind Deutschlands Erwachsene?

Feldphase der PIAAC-Studie erfolgreich abgeschlossen

Die Datenerhebung für PIAAC (Programme for the International Assessment of Adult Competencies) wurde am 31. März nach achtmonatiger Feldzeit und über 5.000 Befragten in Deutschland erfolgreich beendet. Mit den Ergebnissen der Auswertung ab Oktober 2013 werden erstmalig Aussagen möglich sein, über welche Kompetenzen die erwachsene Bevölkerung verfügt und wie sie diese im Alltag und im Beruf nutzt.

»Sie erhalten zwei Packungen Kaffee zum Preis von einer – wie groß ist Ihre prozentuale Ersparnis?« »Bestimmen Sie auf einem Stadtplan den kürzesten Weg von A nach B!« Über 5.000 Personen zwischen 16 und 65 Jahren gaben in den letzten acht Monaten deutschlandweit Antworten auf Fragen dieser Art, um die Alltagsfertigkeiten der erwachsenen Bevölkerung im Rahmen der internationalen Studie PIAAC zu untersuchen. Von Sommer 2011 bis Frühjahr 2012 waren rund 130 Interviewerinnen und Interviewer vom Umfrageinstitut TNS Infratest im Einsatz. Abgefragt wurden drei grundlegende »Kompetenzdomänen«, die laut Projektbeschreibung »zur erfolgreichen Teilnahme an der Gesellschaft und insbesondere am Berufsleben notwendig sind«. Dies sind Lesekompetenzen (Literacy), alltagsmathematische Kompetenzen (Numeracy) und Problemlösefähigkeit mithilfe von PC und Internet. Während die ersten beiden Bereiche grundlegende Kompetenzen abfragen, soll das dritte Element »Aussagen über die Anpassung der Bevölkerung an Anforderungen des 21. Jahrhunderts« ermöglichen. Die Befragung umfasst mindestens eine 60-minütige Kompetenzerhebung und eine anschließende Hintergrundbefragung, in dem z.B. Fragen zur Ausbildung und zum Beruf gestellt werden.

Alltagskompetenzen

PIAAC ist eine von der OECD initiierte Studie zur Untersuchung von Alltagskompetenzen Erwachsener und wird international vergleichend in 25 Ländern weltweit und in Deutschland von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften durchgeführt. Für Projektleiterin Prof. Dr. Beatrice Rammstedt liegt das Hauptproblem darin, vergleichbare Daten angesichts der kulturellen Unterschiede der verschiedenen beteiligten Länder zu gewinnen. Daher hat jedes Land auf Basis eines gemeinsamen Rahmens einen nationalen Fragebogen entworfen. Außerdem wurde ein einheitliches Manual von rund 300 Seiten entwickelt, in dem detailliert die Befragungsmethode festgelegt ist. Nach dem erfolgreichen Abschluss der Feldzeit am 31. März 2012 steht nun die Datenaufbereitung, die Ein-

bindung der Daten in einen internationalen Datensatz und die finale Auswertung an. Ab Oktober 2013 werden dann die Daten und Ergebnisse der Öffentlichkeit vorgestellt und zugänglich gemacht.

Die Ergebnisse von PIAAC werden wichtige Entscheidungsgrundlagen für die Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik liefern sowie Hinweise darauf geben, inwieweit Bildungsangebote verbessert werden müssen, um die Aus- und Weiterbildungssysteme den zukünftigen Anforderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen.

DIE startet PIAAC-Studie über Ältere

Nur in Deutschland startete jetzt eine eigene, angegliederte PIAAC-Studie für ältere Erwachsene. Von Mai bis August 2012 werden mindestens 1.300 zufällig ausgewählte Personen im Alter zwischen 66 und 80 Jahren befragt. Für die bundesweite Durchführung sind das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e.V. (DIE) in Bonn und die Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) verantwortlich.

so

Datenbanken wichtig für die Teilnahmeentscheidung

Weiterbildungsdatenbanken spielen eine bedeutende Rolle bei der Entscheidung für ein Weiterbildungsangebot. Das ist eines der vielen Ergebnisse der Anfang 2012 zum zehnten Mal durchgeführten Online-Umfrage des InfoWeb Weiterbildung (IWWB). Demnach nehmen 18 Prozent der Nutzerinnen und Nutzer von Weiterbildungsdatenbanken aufgrund der gefundenen Informationen anschließend an einem Kurs teil. Bei regionalen Datenbanken sind es sogar 20 Prozent. Damit sind Weiterbildungsdatenbanken auch aus der Sicht der Veranstalter ein wichtiges Marketinginstrument.

Die Umfrage ergab weiterhin, dass 57 Prozent der Nutzerinnen und Nutzer der Datenbanken in den letzten zwölf Monaten an einer Weiterbildung teilgenommen haben. Im Durchschnitt der erwachsenen Bevölkerung waren dies nur 42 Prozent. Zudem hat sich das Internet als wichtigstes Medium für die Suche nach Weiterbildungsveranstaltungen etabliert: Neben der Suche in den Datenbanken nutzen 85 Prozent der Befragten Suchmaschinen für die Kurssuche. 79 Prozent informieren sich unmittelbar auf den Webseiten der Weiterbildungsanbieter.

In Schulnoten wurden die Weiterbildungsdatenbanken bei zehn Bewertungskriterien im Schnitt wie in den Vorjahren mit der Note 2,4 bewertet. Die regionalen Datenbanken schnitten mit der Note 2,2 besser ab als die überregionalen Angebote (2,5). Mit 1,9 erhielt das Bildungsnetz Mecklenburg-Vorpommern wie in den Vorjahren die beste Note.

Familie 2020: Verbraucherschutz und Medienkompetenz

Fachtagung im Bonifatiushaus in Fulda

Zentrale Aufgabe für Politik, Gesellschaft und Bildung muss in Zukunft die Vermittlung von Medienkompetenz für alle sein. Darin waren sich die rund 40 Teilnehmenden der Fachtagung »Familie 2020: Verbraucherschutz und Medienkompetenz« im Bonifatiushaus in Fulda einig. Der Erwerb dieser Kompetenz sei für Jugendliche wie für Erwachsene und Senioren notwendig, um die positiven, aber auch negativen Seiten der digitalen Angebote im Netz zu erkennen.

Unterschiedlich sind die Ansätze und Vorschläge aus dem Kreis der Expert/-innen und Teilnehmenden, wie die Vermittlung von Medienkompetenz gelingen kann: So wird u.a. gefordert: die Einführung der Medienkompetenz als Pflichtfach in der Lehrerbildung, die Einführung eines entsprechenden Unterrichtsfaches im Schulalltag, gemeinsame Pflichtveranstaltungen für Eltern- und Schüler/-innen zum Themenfeld Medienkompetenz oder die Stärkung der außerschulischen Bildung durch zusätzliche Personalstellen. Bundestagsabgeordneter Dr. Peter Tauber, Mitglied der Enquetekommission »Internet und digitale Gesellschaft«, gab der Fachtagung in einer Videobotschaft aus Berlin einen inhaltlichen Impuls und forderte ein »Recht auf Medienkompetenz« für jeden. Für einen Jugendschutz im Netz gebe es aus seiner Sicht keine »große Lösung«, diese müsse »miteinander« im Netz gefunden werden. Notwendig sei hierzu das Gespräch mit den großen Internetplattformen wie u.a. Facebook und Google. Verbote und Netzsperrungen seien eher ungeeignete Mittel.

Für alle Vorschläge gilt jedoch aus Sicht der Teilnehmenden und der Fachleute: Hierzu werden zusätzliche finanzielle Mittel in den Kommunen, Ländern und im Bund erforderlich sein. Gefragt sei – so der Tenor der Teilnehmenden –

nicht die Bildungslandschaft, sondern in den kommenden Monaten vor allen Dingen die Politik.

Mit der Fachtagung in Fulda setzte das Bonifatiushaus seine Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB), der LPR Hessen – Hessische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien und dem MUK Hessen – Institut für Medienpädagogik und Kommunikation fort. Begonnen hatte die Kooperation im vergangenen Jahr mit der Tagung »Familie 2020: Aufwachsen in der digitalen Welt«. Rechtzeitig zur zweiten Fachtagung erschien hierzu die gleichlautende Dokumentation beim Barbara Budrich Verlag, die Familien eine erste Orientierungshilfe in der digitalen Welt geben soll. 2013 soll die Kooperation mit einer weiteren Fachtagung in Fulda fortgesetzt werden.

Markus Schuck

Europäisches Bildungsprogramm in Deutschland: Bestes Jahr

Deutlich gesteigerte Mobilitätszahlen, mehr geförderte Partnerschaften, vielfältige Themen: Bildung hat in Europa Konjunktur. Die Nationalagentur (NA) beim Bundesinstitut für berufliche Bildung (BIBB) blickt nach eigenen Angaben auf das bisher erfolgreichste Jahr seit Beginn des Europäischen Programms für lebenslanges Lernen (PLL) zurück.

2011 war aus Sicht der NA das bisher beste Jahr seit Beginn des Programms. Das von der EU-Kommission bereitgestellte Budget für Leonardo da Vinci (berufliche Bildung) und Grundtvig (Erwachsenenbildung) stieg im Vergleich zu 2010 um 16,1 Prozent oder 5,9 Millionen Euro. 2012 sei eine weitere Steigerung um ca. 11 Prozent absehbar. Häufig genutzt werden die »Lernpartnerschaften« innerhalb des Grundtvig-Programms. Es gingen 283 Anträge ein, wovon 142 Projekte starten konnten, was allerdings ein Rückgang von ca. 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr bedeutet (www.na-bibb.de).

Europa im Fokus der katholischen Bildungsarbeit

»Mobilität ist nicht alles«, betonte die Aachener Europaabgeordnete Sabine Verheyen und kritisierte damit die Konzeption der neuen Generation der EU-Bildungsprogramme, die ab dem Jahr 2014 in Kraft treten soll. In einem Gespräch in Brüssel mit rund 20 Expertinnen und Experten der katholischen Jugendarbeit und Erwachsenenbildung stellte sie sich Fragen rund um die EU-Bildungspolitik.

Die Teilnehmenden – darunter KBE-Bundesgeschäftsführerin Andrea Hoffmeier – waren nach Brüssel gekommen, um bei der Fachtagung »Europa der Generationen« des Europabüros für katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung Informationen aus erster Hand bei EU-Kommission, EU-Parlament und Lobbyvertretungen zu erhalten. Besonderes Interesse galt dabei dem Stand der Beratungen für die Programme JUGEND Aktion und das Programm für lebenslanges Lernen.

Kritik am EU-Programmmentwurf ließ auch Gina Ebner, Generalsekretärin der Europäischen Vereinigung für Erwachsenenbildung (EAEA), in ihrem Vortrag zur Lobbyarbeit auf europäischer Ebene deutlich werden: Nicht nur die Jugendvertretungen würden grundlegende Änderungen des EU-Programmmentwurfs fordern, sondern auch die Erwachsenenbildung erwarte eine deutlich andere Schwerpunktsetzung in der Programmstruktur. In ähnlicher Weise habe sich die Förderung der Katholischen Erwachsenenbildung (FEECA) in ihrer jüngsten Stellungnahme geäußert (s. EB 1/2012).

Katholische Akademie Trier wird endgültig geschlossen

Proteste ohne Erfolg / Fachstellen bleiben erhalten

Die Katholische Akademie Trier wird zum Jahresende geschlossen. Damit bestätigte der Trierer Bischof Ackermann auf einer Pressekonferenz Anfang März endgültig seine Ankündigung aus dem Jahr 2010. Der Bischof und Generalvikar Dr. Georg Holkenbrink stellten die Ergebnisse sogenannter »Klärungsprozesse« im Rahmen des Kostensenkungsbeschlusses des Bistums Trier vor. Dieser Beschluss vom Oktober 2010 sieht vor, dass das Bistum seine Ausgaben dauerhaft um 40 Millionen Euro senken soll. Bis Ende 2016 soll eine Kostensenkung um 30 Millionen Euro erreicht werden. Hintergrund ist die Tatsache, dass die Haushalte des Bistums in den vergangenen Jahren nur durch Entnahmen aus der Rücklage in Millionenhöhe ausgeglichen werden konnten. Die Maßnahmen aus den insgesamt zwölf Klärungsprozessen sollen gut 5,5 Millionen Euro zu der angestrebten Kostensenkung beitragen. Allein durch die Schließung der Akademie spart das Bistum jährlich eine Dreiviertelmillion Euro. Das Robert-Schuman-Haus bleibt als Bildungs- und Gästehaus des Bistums Trier bestehen. Auch die Fachstellen

für Erwachsenenbildung sind entgegen der ersten Planung nicht von der Schließung betroffen. Der Bischof begründete die Entscheidung damit, dass die Katholische Akademie »mit ihrem thematisch sehr breit gestreuten Angebot nicht zu der Neuausrichtung der Erwachsenenbildung passt, wie wir sie im Bistum Trier angehen wollen«. Bei dieser Neuausrichtung spiele die Ehrenamtsförderung eine zentrale Rolle. Zudem solle auch in die Kirchengemeinden und ihre Verwaltung investiert werden. Ziel sei es, die Verantwortlichen in der Seelsorge vor Ort von Verwaltungsaufgaben zu entlasten.

Neuer Bildungsverbund

Ab 2013 wird es im Bistum Trier einen Bildungsverbund mit drei Funktionen geben: Die Sicherstellung eines flächendeckenden Angebots der Erwachsenenbildung im Bistum mit stärkerer Präsenz in den Großstädten, eine Ausrichtung an den Schwerpunkt »Arbeit und Schöpfung« sowie drittens die Unterstützung des Ehrenamts. Die Erwachsenenbildung (KEB) wird

unter dem Leitmotto »Bildung für ein gelingendes Leben« zum 1. Januar 2013 neu positioniert. Dazu wird eine zusätzliche Fachstelle Mittelmosel mit Sitz im Raum Cochem geschaffen. Über die bereits heute bestehenden Angebote der Ehrenamtsförderung hinaus wird der Bildungsverbund in Zusammenarbeit mit dem neu entstehenden Arbeitsbereich »Ehrenamtsentwicklung« seine Angebote für Ehrenamtliche ausbauen.

Tabubruch Schließung

Der Verein der Freunde und Förderer der Katholischen Akademie Trier kritisiert die Schließung der Einrichtung durch das Bistum als »Tabubruch«, da das Bistum Trier als erstes Bistum in Deutschland eine solche Einrichtung für überflüssig hält und schließt. Ebenso kritisch sahen die Mitglieder und der Vorstand die quälende Länge des Klärungsprozesses für die Katholische Akademie und ihre Mitarbeitenden, der mitnichten von der Einbindung der Betroffenen geprägt gewesen sei, sondern kaum auf die Argumente der Akademiabefürworter einging. Enttäuscht reagiert auch der Wahlkreisabgeordnete für Trier und Trier-Saarburg, Bernhard Kaster. »Das ist ein falsches Signal, das die Kirche da setzt«, so Kaster. Gemeinsam mit vielen anderen Bürgern aus der Region Trier hatte sich der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion massiv für den Erhalt der Akademie eingesetzt, auch mit eigenen Vorschlägen wie etwa zur verstärkten Kooperation mit Bildungsträgern in der kommunalen Fortbildung. Nichts genutzt hat auch ein »politisches Nachtgebet« gegen die Schließung in der Akademiekapelle mit anschließendem Lichterzug zur Mariensäule in Trier. Als 2010 die ersten Pläne einer Schließung bekannt wurden, hat auch die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung eine Stellungnahme veröffentlicht, in der sie ihr Entsetzen über die Pläne zum Ausdruck brachte.



Katholische Akademie Trier

Bereicherung, kein Königsweg

Intensive Weiterbildung für ausländische Priester nötig / Fachtagung in der Akademie Klausenhof



Angeregte Diskussion mit Weihbischof Theising (3. v. li.)

VON PERSONEN

Mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande hat der Bundespräsident am 4. Mai 2012 Akademiedirektor **Dr. Florian Schuller** ausgezeichnet. Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer überreichte Orden und Urkunde anlässlich eines Empfangs in der Staatskanzlei. Florian Schuller, der seit dem Jahr 2000 Direktor der Katholischen Akademie Bayern ist, freute sich besonders, dass er das Bundesverdienstkreuz gerade am Festtag seines Namenspatrons, des heiligen Florian, bekam. »Ich nehme diese Auszeichnung gerne an und verstehe sie als Lob und Ansporn für die Arbeit der Katholischen Akademie«, sagte Florian Schuller. Ministerpräsident Seehofer würdigte die Arbeit Florian Schullers an der Spitze der Akademie: Die Katholische Akademie in Bayern habe eine überaus große überregionale Bedeutung. Sie sei eines der wichtigsten Zentren zur geistigen Integration der bayerischen und deutschen Gesellschaft und rage auch unter den anderen Katholischen Akademien in Deutschland sowie unter den vergleichbaren katholischen Einrichtungen im deutschsprachigen Raum heraus.

Der bisherige Leiter der Bildungseinrichtung Die Hegge, **Michael Gennert**, wird ab dem 1. Oktober 2012 die Leitung der Katholischen Landvolkshochschule Schorlemer Alst, Freckenhorst, übernehmen. Er löst den bisherigen Leiter **Johannes K. Rücker** ab, der am 30. April 2012 verabschiedet wurde. Rund 130 Gäste, darunter Vertreter von Bildungsstätten und Verbänden aus dem Bistum Münster und Politiker von der Landes- und Bundesebene sowie Dr. Alois Becker vom KBE-Vorstand waren zur Verabschiedung des scheidenden Direktors nach Freckenhorst gekommen. Rücker hatte in Bochum und Münster Wirtschaftswissenschaften studiert und war seit 1975 in der katholischen Erwachsenenbildung tätig, zunächst im Bistum Osnabrück bei den Sozialen Seminaren und seit 1991 im Bistum Münster. Dort leitete er bis 2006 die Abteilung Erwachsenenbildung und das Diözesanbildungswerk Münster, zu dem auch das frühere Bernhard-Otte-Haus als Tagungsstätte gehörte. Als bischöflicher Beauftragter vertrat Rücker das Bistum Münster im NRW-Landesvorstand der Katholischen Erwachsenen- und Familienbildung. Von 2000 bis 2006 war er zudem Vorsitzender der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE).

Prof. Dr. Georg Scherer, ehemaliger Direktor der katholischen Akademie »Die Wolfsburg« (Bistum Essen), ist im Alter von 84 Jahren gestorben. Er war von 1964 bis zu seiner Emeritierung Professor für Philosophie an der damaligen Pädagogischen Hochschule Essen/Duisburg.

Schon seit vielen Jahrzehnten setzt die katholische Kirche Priester aus aller Welt für die Seelsorge in den Gemeinden ein. 2010 hat sich eine wissenschaftliche Studie erstmals mit dem Thema beschäftigt – und für viel Diskussion gesorgt. In der Akademie Klausenhof trafen sich jetzt auf einem Studientag unter der Leitung von Weihbischof Wilfried Theising rund 60 Teilnehmende aus ganz Deutschland, darunter Verantwortliche aus Diözesen und Gemeinden, Pfarrer und ausländische Priester, um den Dienst der »Priester aus der Weltkirche« näher zu betrachten.

Hierzulande arbeiten laut der Studie »Ausländische Priester in Deutschland« rund 1.300 ausländische Priester, davon die meisten in Bayern. Das Bistum Münster beschäftigt fünf Prozent Priester aus anderen Ländern. Die meisten kommen aus Polen und Indien. Der Autor der Studie, Prof. Karl Gabriel aus Münster, stellte zwei Typen vor, wie die Priester mit ihrer Aufgabe in Deutschland zurechtkommen. Die »globalen Priester« verfügen über hohe Sprachkompetenz und kulturelle Sensibilität und »eine charismatische Begabung«, während der Typus der »entsendeten Priester« oft überfordert ist und die Sprache nicht genügend beherrscht. Bei dieser Gruppe komme eine »geistliche Kommunikation« nicht immer zustande, manche erfüllen die Mindestanforderungen, etwa in verständlicher Sprache zu predigen, nicht. Die Schlussfolgerung für Gabriel: Der Einsatz von ausländischen Priestern ist kein »Königsweg«, um dem Priestermangel in Deutschland zu begegnen. Intensive Begleitung, eine gute Sprachausbildung, gezielte Vorbereitung und Auswahl könne die Situation verbessern. Er empfahl auch eine bessere Vernetzung mit der weltkirchlichen Arbeit in den Bistümern.

Laut Hauptabteilungsleiter Domkapitular Hans-Bernd Köppen hat man

im Bistum Münster die Studie zum Anlass genommen, einen Plan zu entwickeln, wie ausländische Priester eingesetzt werden können. Die Priester erhalten zunächst eine Sprachausbildung in der Akademie Klausenhof, die mit einem Abschluss entsprechend dem Niveau für die Zulassung an einer Hochschule endet. Das Bistum hat mit Pfarrer Becker im Klausenhof einen eigenen Priester abgestellt, der sich um die neuen ausländischen Priester kümmert, sowie einen weiteren »Mittelsmann« als Ansprechpartner in der Bistumsleitung. Außerdem durchlaufen die Priester Kurse in Pastoral, Rhetorik und Phonetik.

Vor allem die Sprache ist das A und O. »Wir verstehen ihn nicht, darum kommen wir nicht mehr«, zitierte Personaldezernent Domkapitular Prälat Helmut Wanka (Bistum Limburg) eine typische Reaktion von Kirchgänger/-innen. Das dürfe auf keinen Fall passieren. Viele Gemeindemitglieder vermissen beim Einsatz ausländischer Priester auch den »Aufbruch in die neue Zeit«. Ausländische Priester sollten keine »teuer bezahlten Sonntagsaushilfen« sein. Ein schlechtes Image, gegen das sich Pater Tomichan Mattathiveliyil (Warendorf) entschieden zur Wehr setzte. »Wir sind keine schlecht gewartete Importware«, sondern ausländische Priester leisteten einen ernst zu nehmenden Dienst.

Die Vorsitzende des Diözesankomitees der Katholiken im Bistum Münster, Notburga Heveling, sah den Einsatz der ausländischen Priester kritisch. Sie zitierte typische Stimmen von Gemeindemitgliedern: »Das sind lebensverlängernde Maßnahmen alter Strukturen.« Sie wies darauf hin, dass das eigentliche Problem sei, dass der Priestermangel nicht durch andere Alternativen gelöst werde, etwa durch eine stärkere Einbindung von Laien oder die Frauenordination.

Die abschließende Podiumsrunde war sich einig: Auf allen Ebenen gibt es Verbesserungsbedarf, um die Bedürfnisse der Gemeinden ebenso wie die der zu uns kommenden Priester besser in Einklang zu bringen.

POSITION

Dr. Hartmut Heidenreich



Direktor des Bildungswerks der Diözese Mainz, als KBE-Vorstandsmitglied Vorsitzender der KBE-Kommission »Altenbildung« und Herausgebervertreter der »EB«

»Lernend altern und Altern lernen«

»Ja zum Alter!« lautete das Motto des 10. Deutschen Seniorentages in Hamburg. Und da Senioren eine immer größere Bevölkerungsgruppe werden, waren auch Bundespräsident Gauck und Bundeskanzlerin Merkel gekommen. Die Themen reichten von »Entfalten statt Liften« über »Alter neu erfinden« bis »Leben in Würde bis zum Ende«. Die konfessionellen Verbände hatten u.a. zu einem Ökumenischen Gottesdienst im »Michel« eingeladen.

Die KBE war auch da. Mit einem Stand, zusammen mit Misereor bzw. der Gruppe »Eine-Welt-Arbeit im 3. Lebensalter (ewa3)«. Mit dieser zusammen hatte die KBE vor einigen Jahren das Projekt »Globales Lernen im dritten Alter« aufgelegt. Diesmal standen zwei Originalkäftige aus Hongkong am Stand, in denen übereinandergestapelt sog. Cage People leben (müssen), ältere Menschen, die sich in der reichen Stadt anderen »Wohnraum« als diese zwei Quadratmeter im Drahtkäfig nicht leisten können.

Multiplikatoren/-innen kamen gezielt zum KBE-Stand, um sich über die Broschüren, Bücher und Projekte der KBE im Feld der Alters- und Generationenbildung zu informieren. Manche berichteten, dass sie von KBE-Projekten angestoßen selbst Initiativen begonnen haben.

Mit zwei Projekten war die KBE in Veranstaltungen vertreten: mit (dem abgeschlossenen) »Generationen lernen gemeinsam« (gemeinsam mit

dem Kolpingwerk) und mit dem neuen mekoFUN-Projekt. Bei Letzterem geht es um Metakognition, vereinfacht gesagt darum, sich bewusst zu machen, wie man seine Lernstrategien systematisch optimiert. Und das wiederum ist besonders für ältere Menschen von Bedeutung, um selbstständig und selbstbewusst leben zu können. Dass durch das entsprechende Training eine alltagsbezogene Kompetenzsteigerung erzielt werden kann, die auch Alters- und IQ-Unterschiede weitgehend aufhebt, faszinierte viele Teilnehmende am KLASSIK-Workshop »Besser denken – Probleme leichter lösen« und am KBE-Stand.

Eines sahen auch die Vertreter/-innen der Bundesministerien, mit denen wir gesprochen haben: dass die strikte 3-Jahres-Frist für Projekte flexibilisiert gehört. Wenn nämlich ein Projekt mit hohem Aufwand beantragt, langsam angelaufen, dann so richtig in Fahrt gekommen ist und nach drei Jahren auf null zurückgefahren werden muss, weil die Mittel enden, ist dies oft mitten im Prozess der »Sargnagel« fürs Projekt. Natürlich kann es nicht unbefristete Projekte geben, aber mehr Flexibilität sollte möglich sein. Hoffentlich können das die Bundesverbände, Ministerien und Politiker gemeinsam erreichen – und bald.

Manchmal läuft den Planern freilich der Alltag davon: Rollatoren gibt es bereits als Aktionsware beim Discounter. Wenn das die marktförmige Reaktion auf den demografischen Wandel ist, was wäre für die Erwachsenenbildung und Kirche angemessen? Am »Ja zum Alter!« ist jedenfalls in beiden weiter zu arbeiten. »Wir müssen heute lernend altern und Altern lernen«, heißt es in der Abschlusserklärung des Hamburger Seniorentages. Der KBE-Vorstand hat dazu gerade eine Aufforderung der KBE-Kommission Altenbildung verabschiedet: »Alter in der Kirche großschreiben!« Infos: www.kbe-bonn.de